

Bodo Ramelow – Rede vom Landesparteitag der LINKEN Thüringen, 29. 11. 2009 in Schleiz

Guten Morgen liebe Genossinnen und Genossen,

ich habe in meiner Erwiderungsrede auf die Regierungserklärung der neuen Ministerpräsidentin die Sätze von Peer Gynt verwendet: Edward Grieg hat in seinem Stück Per Gynt sagen lassen: „Ist es das Erhoffte oder das Erreichte, das uns verzweifeln lässt?“ Am Jahresanfang 2009 wussten wir, es steht ein unglaublich schweres anstrengendes Jahr vor uns, das Superwahljahr. Vier Wahlen, die parallel und nacheinander inhaltlich und organisatorisch von uns geschultert werden mussten. Ein Wahlmarathon, der nicht nur daran gemessen werden kann, dass wir soviel Kandidatinnen und Kandidaten wie noch nie für unsere Listen gewinnen konnten. Allerdings, an manchen Stellen hätten wir noch ein paar mehr Kandidaten gut gebrauchen können! Es war eine Kraftanstrengung für jeden Kreisverband, für jede Basisorganisation, für unseren ganzen Landesverband.

Jetzt sind wir am Ende des Jahres 2009 und können feststellen, die Wahlergebnisse waren durchaus unterschiedlich, durchaus differenziert, aber gemessen am Landtags- und Bundestagswahlergebnis haben wir einen fulminanten Wahlkampf geführt und einen grandiosen Sieg zusammen errungen. Einen Sieg und keine Niederlage! So ein bisschen habe ich das Gefühl, dass jetzt, nachdem die Anspannung nachlässt, bei uns manchmal der Eindruck erweckt wird oder so sich breit macht, als wenn wir die Wahlen verloren hätten. Das ist ein Problem. Nehmt die Landtagswahl, da haben wir 14 Direktmandate gewonnen. Das ist ein unglaublicher Vorgang. Das macht deutlich, wir sind in den Regionen so aufgestellt, dass wir noch weitere Direktmandate erringen könnten. Allerdings trauen wir unserer Kraft nicht. Wir können es selber kaum glauben: 14 Direktmandate. Das hat unsere Liste ziemlich durcheinander gewürfelt. Es sind Genossinnen und Genossen nicht in den Landtag gekommen, die wir dort dringend gebraucht hätten und wir haben Direktmandate gewonnen, bei denen wir nie geglaubt hätten, dass wir es schaffen.

Ich freue mich unglaublich, dass unser Bürgermeister aus Viernau im Landtag das Direktmandat dort in einem ländlichen Raum erkämpft hat. Ich freue mich deshalb, weil damit deutlich wird, dass man mit einer langfristigen Strategie, nämlich eine ökologische und ökonomische Verbindung für seine Gemeinde herzustellen, auch in der ganzen Region bekannt wird, und zwar authentisch bekannt wird. Der bisherige Amtsinhaber Herr Göbel sitzt dort nur noch wie ein kleines Kind daneben, während unser Bürgermeister dort in der Region die politische Kraft ist und entsprechende Ausstrahlung hat. Ich hätte am Jahresanfang nicht geglaubt, dass wir im ländlichen Raum Direktmandate gewinnen können. Aus all diesen Gründen ist es ein fulminanter Sieg, aber auch verbunden mit Auseinandersetzungen, die gerade angefangen haben, uns zu beschäftigen.

Deswegen verbinde ich den Erfolg des Jahres 2009 auch mit den Aufgaben, die jetzt vor uns stehen. Und, Genossinnen und Genossen, gestattet mir wenigstens den Satz: Wenn nach einer solchen Wahl, einem solchen Wahlmarathon, eines solchen Sieges unser Landesvorsitzender ohne Aussprache 55 Prozent bekommt und nicht einer am Mikrophon kritische Fragen gestellt hat, ist das für mich Ausdruck einer Debatte, die wir dringend miteinander führen müssen. Wie organisieren wir Erfolge? Wie organisieren wir aber auch unsere Misserfolge? Wie organisieren wir unsere Debatten, die notwendig sind? Beispielsweise bedeuten 14 Direktmandate anschließend unangenehme Gespräche, zur regionalen Aufteilung der Wahlkreisbüros. Die 14 Direktmandate sind an dem Ort, wo sie gewonnen worden sind, und stehen damit keiner Verteilung mehr zur Verfügung. Die schwierigen Gespräche, die Jörg Kubitzki und Knut Korschewsky geführt haben, waren natürlich nicht angenehm und sind die weniger schöne Seite des Politikgeschäfts. Im Landtag, in der Landtagsfraktion merke ich auch, dass ich mit der Art und Weise, wie ich manchmal auftrete und wie ich Themen oder auch unangenehme Dinge anspreche, mir nicht nur Freunde mache. Ich ernte damit auch Kritik. Und trotzdem halte ich es für alternativlos, unangenehme Dinge an den Stellen anzusprechen, wo sie hingehören. Es wäre mir lieb, wir würden auch jetzt im Jahr 2009 ausgehend auf 2010 die Zeit nutzen, über die Professionalisierung unseres Landesverbandes in Gänze zu reden, auch über den Umgang kritische Fragen zuzulassen, auch intensiv darüber zu reden, wo Probleme und Fehler stattgefunden haben oder stattfinden. Da beginne ich mit mir. Christa Steppat hat ja gesagt, ich soll aufhören, Eigentore zu schießen. Ja, Christa, Du hast Recht. Wer schießt schon gerne Eigentore?

Nur manchmal würde ich auch um die Debatte bitten, ob es ein Fußballspiel gegeben hat, ob ein Ball überhaupt dabei war oder ob es nicht zugeht, wie im Fußballskandal im Moment. Da, wo ich meine Eigentore schieße, da bin ich ja gern bereit, die Verantwortung dafür zu übernehmen. Aber da, wo mit uns Fußball gespielt wird, sollten wir nicht auch noch dazu beitragen, die Quote der Eigentore zu erhöhen. Insoweit ist dieser Teil der Kritik an mir selber durchaus berechtigt und ich habe damit kein Problem! Ich will nur noch einmal in der Deutlichkeit sagen, das letzte Eigentor, das mir zugeschrieben wurde, ist ein Interview, das ich vor der Krebserkrankung von Oskar Lafontaine gegeben habe. Es hat dann durch die Diagnose einen anderen Charakter bekommen. Den Inhalt will ich hier gerne wiederholen. Oskar Lafontaine hat der Partei vorgeschlagen, beim nächsten Bundesparteitag eine Doppelspitze zu bilden. Mann/Frau, West/Ost, das war sein Vorschlag. Ich habe die gleiche Grundposition schon Monate vor der Wahl öffentlich kundgetan. Gestern ist gesagt worden, wie gut es ist, dass in der Gesamtpartei unser höchstes Gremium der Bundesausschuss - Birgit Klaubert hatte es gestern gesagt - aus sechs Führungspersonen - drei Frauen, drei Männer, West und Ost - besteht.

Und es tut der Debatte dort gut, dass alle Sichten - West und Ost, Mann und Frau - gleichberechtigt vertreten sind. Man muss die Doppelspitze - Mann/Frau, Ost/West - nicht so sehen, wie ich sie sehe. Knut und ich sind da zum Beispiel völlig unterschiedlicher Meinung. Ich finde aber die Diskussion um die Frage, wie vereinigen wir eine gesamtdeutsche Partei, dringend notwendig und dann kann man sie mit einer Doppelspitze beantworten oder man kann es sein lassen. Aber nicht darüber zu diskutieren, halte ich für einen strategischen Fehler. Deswegen habe ich gesagt, die Diskussion darum halte ich für notwendig.

Und eine zweite Diskussion halte ich für dringend notwendig. Dringend und längst überfällig: Die Programmdebatte. Als Parteibildungsbeauftragter der Linkspartei habe ich die Verantwortung dafür getragen, dass wir mit programmatischen Eckpunkten gestartet sind. Das ist im Moment unser Programm. In den programmatischen Eckpunkten stehen mehrere Positionen, die in der Diskussion offen geblieben sind.

Eine offene Debatte ist z.B. die zur Vergangenheit. Da war interessant, dass die PDS es war, die darauf bestanden hat, dass das in die programmatischen Eckpunkte kam, weil die Westdeutschen gesagt haben, ist doch alles vorbei, brauchen wir doch nicht mehr darüber zu reden. Gestern haben wir angefangen, darüber zu reden und ich halte es für notwendig. Gestern haben wir nur einen Diskussionsprozess eröffnet. Wir haben ihn ja gestern nicht abgeschlossen. Wir haben ihn erneuert. Und ich glaube, es ist dringend notwendig, wenn wir um den Begriff des demokratischen Sozialismus in dieser Gesellschaft kämpfen wollen, dann müssen wir auch selber glaubwürdig diesen Begriff ausstrahlen. Kritik müssen wir auf uns wirken lassen, so wie Fehler, die im Namen des Sozialismus gemacht worden sind. Deswegen ist dieser Teil in den programmatischen Eckpunkten so angelegt, dass er nach wie vor als offene Diskussion geführt wird. Wohin will diese gesamtdeutsche Partei? Sie ist eben mehr als nur die Summe PDS und WASG. Wohin will sie? Gregor Gysi hat auf das Problem aufmerksam gemacht – regionale Volkspartei oder regionale Oppositionspartei. Also regionale Volkspartei im Osten versus Oppositionspartei in Westdeutschland aus dem 5, 6 oder 7 % Spektrum. Welche Spannung darin steckt, dass kann man negativ sehen. Ich sehe es positiv und als Herausforderung, weil wir zum ersten Mal mit unseren Erfahrungen 20 Jahre Transformation nach der Wende etwas einbringen, was diese Gesellschaft gesamtdeutsch modernisieren könnte. Da sind Themen verankert, die wir dringend ansprechen müssen, die wir aber nur glaubwürdig aussprechen können, wenn wir sie gemeinsam mit unseren westdeutschen Partnerlandesverbänden auf die Tagesordnung setzen.

Ich will einmal eins nennen, was in unserem Regierungsprogramm angelegt war, was ich den Modernisierungsprozess Thüringens nenne und diese Themen stehen nach wie vor ganz oben auf der zu lösenden Tagesordnung: Das Thema ländlicher Raum, das Thema Gesundheitsvorsorge, das Thema

Landarzt, das Thema Gemeindeschwester. Dahinter steckt ein ganz anderes Tabuthema, was ein rein westdeutsches ist - die Trennung von ambulanter und stationärer Behandlung. Das ist dogmatisch festgeschrieben und ist einfach in den Osten transportiert worden, lebt sich weiter durch und kleine Kliniken, die besser funktioniert haben, sind dieser Logik geschuldet, alle zugemacht worden. Jetzt haben wir bald keine Landärzte und wir haben bald im ländlichen Raum keine Grundversorgung mehr, so dass Abwanderung noch schneller stattfinden wird. Und damit haben wir ein gesamtdeutsches Thema. Wenn wir darauf andere Antworten geben, wie zum Beispiel integrierte Gesundheitsvorsorge als positiver Lösungsansatz, dann können wir das Wort Poliklinik auch wieder problemlos und ohne Ostalgie in den Mund nehmen.

Dasselbe gilt für die Bildungsdebatte. Längeres gemeinsames Lernen ist eben nicht, wie Christoph Matschie sagt, zu einem gegliederten Schulsystem eine weitere Gliederung dazugeben. Längeres gemeinsames Lernen meint alle Schüler und meint einen Bildungsreformansatz, der Thüringen in Gänze voranbringt, aber auch die Bundesrepublik voranbringen würde. Also wenn wir in Blankenburg nicht nur den Bürgermeister stellen, sondern dort mit dem Bürgermeister das Fröbelzimmer und den authentischen Ort von Fröbel haben, dann sollten wir auch den Mut haben, über Reformpädagogik aus unserer Sicht als linke Kraft zu reden, und das heißt längeres gemeinsames Lernen als ein Wesensmerkmal der Modernisierung unserer Gesellschaft. Deswegen, glaube ich, dass wir da wieder an Tabus sind, nämlich die Trennung zwischen Gymnasium, Förderschule, Regelschule. Und während in Westdeutschland immer der Konflikt zwischen Gymnasium und Hauptschule bestand, werden wir hier den Konflikt haben Förderschule, Regelschule, Gymnasium. Das Problem ist, dass unsere Förderschulen in Thüringen mittlerweile die höchsten Einschulungsquoten von ganz Deutschland haben. Das halte ich für ein Problem. Deswegen produziert dieses staatliche Schulsystem die Verlierer, die entweder Förderschüler werden oder Schülerinnen und Schüler sind, die ohne staatlichen Schulabschluss diese Schule verlassen. Und das in einem Bundesland, in dem die Reformpädagogik einmal entstanden ist. Das ist eben nicht nur Fröbel. Da ist auch die Jenaplanschule. Das ist der gesamte reformpädagogische Ansatz, bei dem wir gemeinsame Fundamente haben, die weit über die 40 Jahre DDR hinausragen. Das sind unsere Antworten und so sehe ich den Modernisierungsprozess, bei dem wir Teil des entscheidenden Motors sein müssen.

Deswegen, Genossinnen und Genossen, ich will es mit Pablo Neruda sagen, wobei der in einer ganz anderen Auseinandersetzung diesen Satz gesagt hat, aber er gefällt mir trotzdem: „Unsere Feinde können uns alle Blumen abschneiden, aber nie werden sie den Frühling beherrschen.“

Die Frage ist, ob wir uns gestatten, in einer sich verändernden Welt als neue Partei im Parteienspektrum der gesamten Bundesrepublik Deutschland unser Gewicht zu spüren und das ist ein Gewicht als Volkspartei, das ist ein Gewicht als demokratisch sozialistische Volkspartei, aber wir müssen auch mit Stolz dann sagen, wir wollen demokratisch sozialistische Partei sein und nicht

Ersatz-SPD, aber auch nicht Ersatz-KPD. Wir wollen nicht eine minimale Strömungspartei sein und wir wollen uns auch nicht reduzieren auf Strömungskämpfe. Ein bisschen Trotzismus, ein bisschen Vierte Internationale und jede Sekte macht bei uns sein Klübchen auf und sagt, wir haben unsere Sektenversammlung und dann haben wir uns alle lieb. Das wäre die falsche Antwort.

Das meine ich mit Meinungspluralität und deswegen sage ich immer, solange Sarah Wagenknecht mich aushält als Christ, halte ich Sarah Wagenknecht als Kommunistin aus. In ihrem Fundament, von Marx abgeleitet und mit meinem Fundament aus der Bibel abgeleitet, können wir feststellen: in beiden Grundpositionierungen steht drin, diese Gesellschaft muss solidarischer entwickelt werden!

Moralische Verantwortung lässt sich auch aus der Bibel ableiten. Das sollten wir nicht der Partei mit dem „C“ überlassen. Da sollten wir sagen, Euer „C“ hat mit christlich überhaupt nichts tun, das hat nur was mit konservativ und rückwärtsgewandt zu tun.

Und ich würde mir einmal wünschen, dass die Bischöfin Jepsen bei uns auf dem Parteitag die Fundamente von Solidarität und Gerechtigkeit aus der Bibel vorträgt. Dann werdet Ihr überrascht sein, wie viel Marxismus da drin steckt und ich würde mir wünschen, wenn Sarah Wagenknecht ihren Denkansatz, ihre Analyse auf dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag mal vorträgt, wenn es um Banken, Bankenmacht, Finanzwirtschaft und die Zerstörung der Finanzwirtschaft bis in die Realwirtschaft geht, dann werden die erstaunt sein, wie viel kluge Gedanken in Sarah Wagenknechts Analyse stecken. Sie merken gerade, dass sie ihre Strukturen gerade zerstört kriegen von Milliarden und Aber-Milliarden vagabundierender Fehlbeträge, von denen niemand mehr weiß, wie viel Doppelnullen da eigentlich unterwegs sind.

Das meine ich! Dass wir als Partei die Kraft haben sollten, uns unterschiedlich auszuhalten, wenn wir in dem Ziel vereint sind, diese Gesellschaft tagtäglich gerechter und solidarischer zu machen.

Und dafür müssen wir ein paar Fragen klären. Die sind für mich gestern wieder sichtbar geworden. Wollen wir an der Gestaltung der Gesellschaft erst teilnehmen, wenn der Kapitalismus zusammengebrochen ist? Warten wir solange oder wollen wir mit unserer Überlegung, dass es hinter der Logik des Kapitalismus noch etwas anderes gibt, den Weg dahin zurücklegen, indem wir täglich Verantwortung übernehmen ohne unser Ziel aus den Augen zu verlieren?

Ich habe in meiner Erwiderung auf Frau Lieberknecht den Begriff „demokratischer Sozialismus“ sehr bewusst in den Mund genommen. Und in der mittleren Sitzreihe war der Schaum vorm Mund gleich wieder da, als dort die Überlegung kam, was redet denn der da? Darf man im Landtag schon wieder vom Sozialismus reden?

Ich sage ja, man darf, nein, man muss sogar. Man muss davon reden, dass es neben der kapitalistischen Verwertungslogik auch noch andere Ideen und Ideale gibt. Wir lassen uns doch das Denken nicht verbieten. Und deswegen sage ich, in Europa ist es normal, dass in jedem Land eine sozialistische Partei vorhanden ist. Nur in Deutschland gibt es immer das Rumgeeiere, was es ist. Und wenn wir anfangen, eine neue größere Partei auf den Weg zu bringen, dann fangen wir wieder mit der deutschen Krankheit an, zwei Linke, drei Spaltungen, vier Richtungsauseinandersetzungen und Leute, die sich misstrauen bei dem, was sie tun, weil der Verrat schon wieder dabei sein könnte.

Und deswegen, Genossinnen und Genossen, sage ich nach dem Wahlkampf: Ja, wir haben einen traumhaften Wahlkampf zusammen geschafft. Das Gefährliche für unsere politischen Gegner war, dass wir zum ersten Mal tatsächlich einen Ministerpräsidenten hätten stellen können, und wie ich finde, auch stellen müssen. Aber, Genossinnen und Genossen, und da bin ich wieder bei Christa Steppats Eigentor, mir wurde ja vorgehalten, ich hätte öffentlich verzichtet, als Ministerpräsident anzutreten.

In meiner Analyse war völlig klar: Die Mehrheit der SPD-Landtagsfraktion wird mich im Jahr 2009 nicht zum Ministerpräsidenten wählen. Wenn ich das aber weiß, dann gibt es nur zwei Möglichkeiten. Entweder wir ziehen knallhart durch und werden dann diejenigen sein, die die Koalitionsverhandlungen nicht ermöglicht hätten, oder ich nehme mich raus, damit meine Partei nicht gezwungen wird, am Schluss mich rauszunehmen. Und ich wollte nie, dass meine Partei mich dazu zwingt. Ich wollte meiner Partei den Weg ebnen, damit wir eine Chance haben auf eine Regierungsbeteiligung um des Politikwechsels Willen, nicht um der Macht Willen. Ich habe immer betont, es geht mir nicht um einen Dienstwagen und um einen Schreibtisch oder eine gewärmte Schreibtischstube, sondern es geht um den Politikwechsel für längeres gemeinsames Lernen, für eine andere Form der Gesundheitspolitik, für eine andere Energiepolitik.

Damit bin ich wieder bei unserem Bürgermeister in Viernau. Wir müssen doch die Ideen entwickeln. Was machen wir denn mit den Stromnetzen, wenn die Konzessionsverträge auslaufen? Wollen wir sie nur privatwirtschaftlich weiter an den Markt bringen oder wollen wir ein anderes Stromnetz in Thüringen bilden, das sämtliche Stromnetze vereint, damit in diese Stromnetze und über diese Stromnetze Strom eingespeist und entnommen werden kann und nicht nur die Monopolriesen das Stromgeschäft beherrschen?

Deswegen ist unser Kampf ein Kampf gegen die Monopolstrukturen. Und Infrastruktur muss allen gehören, muss allen zugänglich sein. Deswegen sind das Stromnetz, das Wassernetz, das Eisenbahnnetz von zentraler Bedeutung für ein gesellschaftliches Leben, damit diese Infrastruktur für jeden Menschen zur Verfügung steht. Die Modernisierung unseres Landes beim Thema Energie

funktioniert eben nur, wenn wir die Mischung aus vielen Energiequellen für uns so öffnen, dass damit eine Modernisierung unseres Landes ermöglicht wird, damit wir in die nächste Etappe des industriellen Prozesses eintreten können und Thüringen dann vorne mitspielt und nicht immer nur die verlängerte Werkbank aus Westdeutschland ist.

Deswegen sage ich: Ja, ich habe mich öffentlich aus der Rolle als Ministerpräsidentenkandidat herausgenommen, nachdem klar war, die SPD wird mich nicht wählen. Nehmt es mir nicht übel, Ihr könnt mich dafür kritisieren, aber ich war der Überzeugung, dass ich nicht zu Heidi Simonis gemacht werden wollte. Ich war der Vertreter der Partei, die die Wahlen gewonnen hat. Wir wollten den Politikwechsel und jetzt wissen wir, der Politikwechsel ist nicht an uns gescheitert. Es ist nie um meine Person gegangen.

Lasst mich das auch noch sagen: Die Grünen haben immer von uns verlangt in der Sondierung, dass wir über die Vergangenheit reden. Wir haben uns der Diskussion gestellt, manchmal war es quälend, manchmal war es unangenehm, aber wir haben uns gestellt. Und das Papier, das in der Welt ist, ist nicht unser Papier, sondern das Papier der Grünen und wir haben erklärt, wir sind bereit, auf der Basis dieses Papiers weiter zu sprechen. Wir haben nicht gesagt, dass das Papier für uns schon das Ende der Diskussion ist. Deswegen auch meine Bitte an die, die das immer kritisieren: Die Kollegen, Genossen und Freunde, dass sie bedenken, dass das Andere vorgelegt haben und wir dann gesagt haben, wir sind bereit, darüber weiter zu sprechen. Und ich halte das Diskussionsangebot von uns nach wie vor von zentraler Bedeutung.

Die SPD hat dabei gesessen und nicht ein einziges Wort zur Vergangenheit gesagt. Von denen, die sich öffentlich hinstellen und uns ermahnt haben, wir sollen doch endlich in der Vergangenheitsdebatte auf die Grünen zugehen. Nicht ein Wort dazu! Ist doch ganz klar warum! Weil sie anschließend die gleichen Maßstäbe an die CDU hätten anlegen müssen. Und wer möchte denn mit dem Herrn Trautvetter über die Frage des Schießbefehls an der Grenze reden. Immerhin ist er im Offiziersrang und war Grenzsoldat. So hätten sie ja die gleiche Debatte dort führen müssen oder sie hätten mit Herrn Althaus einmal über seine Medaille reden müssen oder, oder, oder... Über all die Verstrickungen, die da auch eine Rolle gespielt haben. Also dort hat die SPD die Rolle des Zuschauers eingenommen. Und deswegen ist es so unglaublich, wenn Uwe Höhn heute unsere Bürgermeisterin in Eisfeld angreift und sagt, sie hätte Unrecht begangen, weil sie eine seltsame Tafel aus einer Ausstellung entfernt hätte. Sie selber stellt sich der Debatte öffentlich. Uwe Höhn stellt sich hin und sagt, ist doch alles klar, ist alles gesagt, die DDR war ein Unrechtsstaat, basta! Was die Bundesregierung sagt, was die Bundesminister aus der Partei von Uwe Höhn sagen und was der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages dazu sagt, interessiert ihn überhaupt nicht. Er nimmt sich die Deutungshoheit dieses Begriffes, also ist die DDR ein Unrechtsstaat und damit wird es

zu einem Bekenntnis und hat nichts mehr mit Gespräch zu tun. Wir sollen es bekennen und wenn wir es bekannt haben, dann dürfen wir vielleicht mitspielen nach Spielregeln, die wir alle nicht akzeptieren können.

Entweder reden wir über alles, da müssen sich alle der Debatte stellen, oder wir lassen es sein. Ich bin dafür, wir sollten die Debatte weiter fördern, aber wir sollten andere auch zwingen, mit zu debattieren, sich selber zu öffnen und nicht einfach nur die Schuldfrage immer nur der LINKEN zuzuordnen.

Worum geht es dabei? Worum geht es im Kern dabei? Es geht einmal um die Kinkelsche These, die DDR in Gänze zu delegitimieren. An dieser Debatte beteilige ich mich nicht, denn die DDR hat existiert. Bei allem, was ich an der DDR zu kritisieren habe, bleibt aber zu sagen: Sie hat existiert. Heute zu sagen, sie hätte kein Existenzrecht gehabt, nach der Europäischen Teilung, nach den Verbrechen des Hitlerfaschismus, das ist einfach ahistorisch und absurd.

Deswegen müssen wir als Sozialisten selber über die Fehler von Sozialisten reden oder von denen, die sich den Sozialismus-Begriff zu Eigen gemacht haben und daraus einen Staatsapparat gebildet haben. Und darüber, wie dieser Staatsapparat eben anfing, Menschen auszuondern, die nicht so mitgespielt haben wie der Staatsapparat es wollte. Und diese Vermischung sollten wir thematisieren, von uns aus. Deswegen empfehle ich, die Ausstellung Kindereuthanasie in Stadtroda einmal anzuschauen, wenn wir über den antifaschistischen Mythos der DDR reden. In dieser Ausstellung in Stadtroda wird deutlich gemacht, dass das MfS sämtliche Verstrickungen der Täter aus der NS-Zeit bei der Kindereuthanasie namensgenau, objektgenau und verbrechensgenau kannte, alles analysiert, alles aufgeschrieben und nie veröffentlicht hat, weil es den Nimbus des antifaschistischen Staates gestört hätte. Also hat man ein Deckel aus Beton drüber gemacht, hat gesagt, bei uns ist die antifaschistische Linie klar und bei uns gibt es keine Verbrecher. Und deswegen sage ich, auch da sollten wir die Kraft haben, hinzugucken! Auch hinzugucken bei den Slansky-Prozessen und bei Walter Janka. Ich lasse es nicht durchgehen, dass die SPD in Thüringen sich hinstellt und sagt, damit hätten sie nichts zu tun. Sie maßen sich an, uns Stilnoten zu erteilen, damit sie aus ihrer 18 % Wahlperspektive sagen können, die größere Partei hat hier nichts zu melden.

Und darum geht es - uns fern zu halten. Deswegen war es 2009 leider nicht möglich, einen Politikwechsel zu erreichen!

Unser Erfolg wurde dann eigentlich unser Problem. Das bedeutet aber, nach 2009 wird sich das nie mehr wiederholen, weil die Frage, ob wir einen Ministerpräsidenten stellen oder nicht, sich so nicht mehr stellen wird. Und es kann die SPD nie wieder herkommen und sagen, wir ordnen ein in Ja oder Nein. Die Frage muss in Zukunft heißen, welche Politik wollt ihr machen und das wird unser Maßstab sein. Wir werden die Inhalte nach vorne stellen, wie das Thema Energie, das Thema Stromnetz, die

Frage, was machen wir mit der EON, Thüringenenergie und deren Stromnetz, was machen wir mit den Konzessionsverträgen der Gemeinden, die jetzt auslaufen, was machen wir mit den unterfinanzierten Kommunalhaushalten, wie gehen jetzt die Bürgermeister damit um und wie deutlich machen sie, dass es um Konsolidierung der Einnahmen geht, dass Steuergerechtigkeit auch Steuereinnahme bedeutet?

Und da lasse ich es keinem SPD-Oberbürgermeister durchgehen zu sagen, er hätte nichts mit seiner SPD im Bund zu tun, die die Schuldenbremse ins Grundgesetz geschrieben und die das Thema Vermögensteuer nicht umgesetzt hat. Jetzt, wo sie in der Opposition sind, fangen sie an, sich auf der linken Seite fünf Blinker anbauen zu lassen, damit sie jetzt fünffach links blinken können. Solange sie regiert haben, haben sie sich bei den Themen Vermögensteuer, Börsenumsatzsteuer, Kapitalertragsteuer gedrückt. Sie haben eine Finanzmarktsteuer in ihre Programmatik geschrieben, was man ganz nett finden kann. Besser wäre es aber, die sofort umzusetzen. Und dazu braucht man Mehrheiten. Und das bedeutet, dass wir auch bei denen kassieren, die an der Krise wieder Geld verdienen. Und das bedeutet, eben tatsächlich Umverteilung von unten nach oben zu stoppen und Umverteilung umdrehen. D. h. oben Steuern zu erheben und oben abzukassieren, damit wir den Sozialstaat für die ganze Gesellschaft finanzieren können.

Ich habe deshalb zwei Bitten. Die eine Bitte bezieht sich auf uns. Ich glaube, wir müssen Formen finden, unsere innerparteilichen Probleme jetzt auch anzupacken. Im Kommunalwahlkampf, Steffen Dittes hat es gestern in der Analyse deutlich gemacht und hat uns einige Hausaufgaben aufgeschrieben, im Kommunalwahlkampf ist deutlich geworden, dass dort, wo wir uns um die Sorgen und Nöte des Nachbarn nicht mehr kümmern, wir den Zugang zu den Bürgern verloren haben. Also wenn der Kleingärtner und seine Sorgen uns nicht mehr interessieren, wenn die Regenwassereintragsgebühr uns nicht mehr interessiert, wenn der Abwasserzweckverband auf dem Mond stattfindet, aber nicht mehr in unserem praktischen Leben, dann haben wir verloren. Und so sehen unsere Kommunalwahlergebnisse auch aus. Nehmt es mir nicht übel. Man kann das Kreis für Kreis und Stadt für Stadt und Gemeinde für Gemeinde durchgehen. Da, wo sich Vertreter unserer Partei miteinander gestritten haben, meist öffentlich, da haben wir insgesamt verloren. Es gewinnt dabei niemand! Und wir haben noch ein paar Baustellen – z.B. Weimar und Greiz. Dort, müssen wir den Mut aufbringen, darüber zu reden! Das müssen wir doch nicht unbedingt im freien Feld tun, und schon gar nicht über die Öffentlichkeit. In all diesen Konfliktfeldern, an denen ich persönlich nie beteiligt war, wird mein Name ständig genannt. Ich wundere mich darüber. Damit sind wir wieder beim Eigentor. Ich weiß gar nicht, an was ich alles in dieser Partei in Thüringen schuld bin. Wie viel finstere Macht muss ich eigentlich haben und wie viel Beklopptheit muss ich eigentlich haben, unsere Partei auseinander treiben zu wollen? Nein, ich möchte, dass unsere Partei zusammenwächst. Und ich vergleiche das gerne mit einem Hefekuchen. Die Partei ist gewachsen und gewachsen und gewachsen. Es sind auch ein paar Hefen dabei, wo ich sage, mal sehen, ob diese Hefen unseren Kuchen aufreiben

und ob dieser Kuchen dann anschließend auch ordentlich gebacken wird und dann auch eine Schnittfestigkeit hat, so dass man ihn auch genießen kann.

Das ist die entscheidende Frage: Was soll unsere Partei denn sein? Soll sie eine Partei für den Alltag sein, dann müssen wir uns mit dem Alltag beschäftigen und uns nicht nur mit uns beschäftigen. Ich appelliere an diejenigen, die gestern Knut Korschewsky ihre Stimme nicht gegeben haben. Es wäre schön, das, was man unangenehm findet oder das, was man falsch findet, auch anzusprechen. Diese Kultur sollten wir lernen.

Und meine zweite Bitte ist die zur Programmdebatte. Da glaube ich, dass wir tatsächlich im Moment unsere Bundespartei treiben müssen. Und das sage ich strömungsübergreifend. Deswegen bin ich froh, dass von der Kommunistischen Plattform bis zum Forum demokratischer Sozialismus, die ganze Breite der Partei sagt, wir können nicht weiter warten, dass die Programmdebatte bundesweit geführt wird. Und dieser Appell muss an dieser Stelle und von diesem Parteitag auch beschlossen werden. Wir dürfen es unserem Bundesvorstand, und ich bin Mitglied des Bundesvorstandes, nicht mehr durchlassen, dass der Programmentwurf nicht vorliegt und dass die Zeitschiene nicht vorgelegt worden ist. Wir wissen, dass wir bis 2011 durch sein müssen, weil dann beginnt wieder die Vorbereitung auf die Wahlen. Insoweit muss jetzt die Programmdebatte stattfinden. Wir haben ein Recht darauf, die Unterschiede zu debattieren, damit wir uns in den Unterschieden auch aushalten. Und dann wird deutlich: Mehrheit und Minderheit.

Meine letzte Betrachtung gilt dem, was wir im Landtag machen werden. Wir werden im Landtag konstruktive Opposition sein. Und ich sage das in aller Deutlichkeit, wir werden nicht Fundamentalopposition sein. Wir werden uns jeden Vorschlag anschauen, prüfen, gewichten und dann entscheiden, ob wir unser ja dazu geben oder nicht. Ich finde es gut, dass dieser Landtag mit einer Deklaration gegen Nazis und Faschisten begonnen hat. Das ist ein kultureller Fortschritt. Das ist etwas Neues. Es waren nur noch wenige, die ein bisschen Schaum vor dem Mund hatten und sich dann der Stimme enthalten hatten. Da ist dann immer der Schaum nicht nur vorm Mund, sondern anscheinend auch im Gehirn und vernebelt dann noch ein bisschen. Der Kampf gegen uns ist dann doch immer noch wichtiger als der Kampf gegen Nazis. Deswegen sollten wir uns aber auf die gleiche Logik umgekehrt auch nicht einlassen. Nicht wir kämpfen gegen die, sondern wir müssen gemeinsam jeden suchen, um gegen Nazis zu kämpfen. Deswegen war die Deklaration des Landtags ein wichtiger Schritt. Jetzt kommt es darauf an, das Landesprogramm gegen Rechts so auszugestalten, dass wir es ernst nehmen können. Und wenn wir es halbwegs tragen können, dann sollten wir ja dazu sagen. Und wenn es nur fundamental in die andere Richtung geht, dann sollten wir es ablehnen. Aber wir sollten deutlich machen, wenn wir es begleiten, positiv finden, wo wir weiter schieben und wo wir sagen, da

haben wir noch weitere Vorstellungen. Es hindert uns ja niemand, auch weitere Vorstellungen zu haben.

Ich finde es außerdem gut, dass wir erleben durften, dass diese Scheinkoalition aus Liebe, die da tagelang im Fernsehen so als Liebesheirat Matschie/ Lieberknecht durch die Landschaft ging, den scheidungsimmanenten Vorgang schon bei der Wahl der Ministerpräsidentin gezeigt hat. Erster Wahlgang, zweiter Wahlgang - wir waren es nicht. Garantiert nicht. Wir können schwören, dass wir daran nicht beteiligt sind. Und ich bleibe bei meiner Formulierung, da stolpert zusammen, was nicht zusammengehört. Und jetzt fängt die SPD schon in der Koalition an, eine Scheinregierung als zweiten Teil in der Regierung zu installieren, d.h. da traut der Eine dem Anderen nicht über den Weg. Deswegen nehme ich das interessiert und belustigt zur Kenntnis.

Ich bin gespannt, wie jetzt mit den Fragen Landesrechnungshof, Verfassungsgerichtshof und anderen Dingen umgegangen wird. Wir sind bereit, dort mitzuwirken, wenn wir gleichberechtigt eingeladen sind. Wenn wir nur fünftes Rad am Wagen sind, werden wir uns dem verweigern.

In dieser Hinsicht, sage ich, kämpfen wir für Solidarität und Gerechtigkeit als Markenzeichen, kämpfen wir für eine Landespolitik, die sich an der Praktik und an der Praxis orientiert. Wir wollen sehen, wie der kommunale Finanzausgleich sich jetzt aufstellt. Wir wollen sehen, ob die Landesregierung im Bundesrat nein sagt zu den schwarz-gelben Steuersenkungen. Und ich sage, nein sagen im Bundesrat reicht nicht. In Karlsruhe muss diese Landesregierung klagen gegen die Steuersenkungspläne, die Schwarz-Gelb da auf den Weg bringt, weil das ist weiter Umverteilung von unten nach oben.

Und deswegen sage ich, wer diese Umverteilungspläne auf dem Rücken armer und verarmter Kommunen weitertreibt, der will, dass alles öffentliche Eigentum verkauft wird. Und gegen diesen Ausverkauf werden wir uns gemeinsam zur Wehr setzen, sei es auf der Straße, sei es mit den Bürgern oder sei es im Parlament.

Deswegen steht hier nicht, Bürger und Straße und Menschen einerseits und Parlament andererseits. Nein, wir denken es zusammen und sagen, der Protest gegen diese falsche Politik muss von uns gemeinsam getragen und im Zweifelsfall organisiert sein. Und deswegen werden wir beim Thema Steuern sehr genau hingucken, was die Landesregierung dort machen wird. Dazu gehört aber auch das Thema Bildungspolitik. Wir werden anschauen, wie denn die 100 Gemeinschaftsschulen tatsächlich zu Wege kommen. Ich bin gespannt, ob anschließend diese 100 Gemeinschaftsschulen dazu führen, dass tatsächlich der Umänderungsprozess vom längeren gemeinsamen Lernen auf alle Schulen überspringt oder ob er nur kanalisiert wird in ein paar Schulexperimenten.

Dann hätte man die vorhandenen Gesamtschulen, IGS und wie sie alle heißen, ja einfach mit einem anderen Schild versehen können. Das ist einfach billiger Klamauk. Wir werden gespannt sein, was Christoph Matschie dort hinkriegt.

Und die Nagelprobe von Christoph Matschie wird bei der Kulturraumfinanzierung sein. Die „Schotte“ Erfurt lässt grüßen. Dort ist das größte Alarmzeichen jetzt schon gesetzt, indem der „Schotte“-Vereinsvorstand die Mitarbeiter gekündigt hat, weil sie sagen, wir können die Beschäftigungsverhältnisse nicht aufrecht erhalten, wenn jetzt nicht das Geld da ist und die Geldzusage da ist, wissen wir nicht, wie wir die Menschen noch bezahlen sollen. Wenn die Schotte in Erfurt geschleift wird, und ich nenne das nur symbolisch für all die Kultureinrichtungen, für all die kleinen Projekt in Thüringen, wenn diese Gelder jetzt nicht abgesichert werden, wird die gesamte kulturelle Landschaft absterben und übrig bleiben vielleicht dann noch zwei oder drei Leuchttürme. Und die Leuchttürme haben diese unangenehme Eigenschaft, die sind lang und hoch und das Licht dreht eben nur ganz schnell und beleuchtet ganz kurz nur irgendetwas. Diese Leuchtturmpolitik ist völlig falsch.

Deswegen müssen wir jetzt gemeinsam mit den kulturellen Trägern dafür sorgen, dass die Kulturraumfinanzierung als zentrale Frage auf den Tisch kommt und da nehme ich Herrn Matschie beim Wort, er hat im Landtag die großen Reden gegen die CDU gehalten und hat dem Althaus vorgehalten, dass die Kulturraumfinanzierung nicht kommt. Jetzt ist er selber der Minister und muss das umsetzen, was er vorher immer von anderen gefordert hat und wir werden ihm Wort für Wort vorhalten, was er vorher Althaus vorgehalten hat.

Insoweit wird unser Hauptkampf nicht der Kampf gegen die SPD sein. Unser Hauptkampf wird der Kampf um gesellschaftliche Realitäten sein, bei denen dieses Land entweder aufs Abstellgleis gefahren wird oder wir diesem Land neue Perspektiven geben. Das wird der Hauptkampf sein. Deswegen bleibe ich dabei. Ein Bundesland, in dem täglich 35 Menschen das Land dauerhaft verlassen, wird Probleme kriegen, die nicht mehr reparabel sind. Und deswegen müssen wir mit den Menschen dafür kämpfen, dass darauf neue Antworten gegeben werden. Und ich bin überzeugt, dazu gehört nicht nur gleiche Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland, gleiche Rente. Das Thema Rente hat ja Matschie auf alle Plakate geklebt. Ich bin gespannt, wann Frau Merkel und Herr Matschie ihr Wort einlösen, dass es keine Ost-West-Unterschiede mehr gibt. Sie haben jetzt Gelegenheit, das zu zeigen oder vielleicht wird das ja dann unter dem Kostendruck der Finanzmarktkrise anschließend alles wieder gestrichen.

Diese unterschiedliche Haltung von Ost und West ist grundgesetzwidrig, denn im Grundgesetz steht: gleiche Arbeits- und Lebensbedingungen in Ost und West, in Nord und Süd. Das muss doch das Zentrum der Orientierung sein. Und ein Bundesland, in dem jeden Tag 35 Menschen das Land verlassen, wird irgendwann Finanzprobleme ganz anderer Art kriegen.

Wer kümmert sich in Zukunft um die älteren Menschen in diesem Land? Wie finanzieren wir noch die Pflegelandschaft? Wie schaffen wir im ländlichen Raum tatsächlich Gesundheitsvorsorge, so dass es immer noch möglich ist, einen Arzt zu erreichen? Und wie schaffen wir es, dass jeder Mensch gleichberechtigt Zugang zu Bildung und Zugang zu Wissen hat?

Deswegen sage ich, im Zentrum unserer Bemühungen steht ein anderer Bildungsbegriff, ein anderer Sozialbegriff, ein anderer Gesellschaftsbegriff, nämlich eine Gesellschaft, die auf Solidarität und Gerechtigkeit gebaut ist. Das muss unser Ziel sein im Land, in der Kommune, im Bund, in Europa. Aber dazu müssen wir als Partei die Kraft entwickeln, uns weiter nach vorne zu entwickeln. Wir müssen das Ziel haben, bei den nächsten Landtagswahlen die 30 Prozent gemeinsam zu überspringen und den 14 Direktmandaten noch einige hinzuzufügen! Diese Ziele werden wir nur umsetzen, wenn wir uns nicht nur mit uns selber, sondern uns mit der Gesellschaft und dem Alltag beschäftigen. In diesem Sinne möchte ich uns einladen zum kritischen Dialog. Vielen Dank.